



Herrn ^{La¹²/12}
Oberbürgermeister Sven Gerich

über
Magistrat

an
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

Der Magistrat

Dezernat für Soziales, Bildung,
Wohnen und Integration

Stadtrat Christoph Manjura

7. Dezember 2017

Nr. 57/2017

Anfrage der Fraktion LKR-ULW nach § 45 Geschäftsordnung der
Stadtverordnetenversammlung vom 01.11.2017 (18-V-07-0001)

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß Anfrage der Fraktion LKR-ULW nach § 45 Geschäftsordnung der
Stadtverordnetenversammlung wurde der Magistrat gebeten, nachfolgende Fragen zu
beantworten:

I.) Zukunft des Moritz-Lang-Heimes der AHW

1. Wann ist mit einer Vorlage des erweiterten Machbarkeitsstudie zur Sanierung in Bestand zu rechnen.
2. Wurden gleichzeitig weitere Planungen (Neubau am Standort oder an einem anderen Standort) veranlasst um Vergleichskosten zur Sanierung im Bestand zur besseren Entscheidungsfindung zu haben? Wenn ja, mit welchem Ergebnis - wenn nein, warum nicht?
3. Wann ist mit einer definitiven Entscheidung zu rechnen, damit sich die unbefriedigende Wohnsituation für die Betroffenen endlich ändert?
4. Hat die Landeshauptstadt Wiesbaden vor, sich mit der AHW gGmbH auch weiterhin langfristig (> 10 Jahre) an der stationären Altenpflege im kommunaler Eigenregie zu engagieren? Wenn nein, warum nicht?

II.) Versorgungssituation der Heimbewohnerinnen und -bewohner

1. Wie ist die aktuelle Auslastung des Moritz-Lang-Heimes?
2. Wie hoch ist der Personalschlüssel und wird dieser auch in Urlaubs- und Krankheitszeiten eingehalten. (Hier berichten uns Bewohnerinnen und Bewohner dass soziale Beschäftigung und Veranstaltungen deutlich reduziert wurden)? Wie hoch ist der durchschnittliche Krankenstand der Beschäftigten und werden diese Ausfälle durch zusätzliches Personal kompensiert?
3. Wieso wurde im Jahr 2017 das seit Jahren bewährte und beliebte „Oktoberfest“ nicht mehr durchgeführt? Ist es geplant weitere Veranstaltungen ersatzlos zu streichen und die Bewohnerinnen und Bewohner mehr und mehr sich selbst zu überlassen?
4. Wieso wurde der „Kiosk“, wo sich die Bewohnerinnen und Bewohner ohne auf Besuche oder Botengänge angewiesen zu sein versorgen konnten, ersatzlos geschlossen? Wann wird es wieder eine Möglichkeit geben, sich Kleinigkeiten (Kioskbedarf wie Plätzchen, Schokolade, etc.) direkt im Haus zu besorgen? Wenn dies nicht vorgesehen ist, wieso nicht?
5. Wieso unterscheiden die sich auf der Webseite des Heimes bildlich dargestellten Mahlzeiten so dermaßen in Qualität und Quantität von den tatsächlichen Mahlzeiten? Hierzu fügen wir einige Fotos - vor allem von dem völlig unzureichenden und total abwechslungslosen Abendessen bei.
6. Wie kann die Qualität und Quantität der Mahlzeiten zeitnah deutlich gesteigert werden? Wieso ist die gereichte Kost - vor allem zum Abendessen - so langweilig und eintönig?
7. Wieso wurde die Neuwahl des Heimbeirates nicht allen bisherigen Mitgliedern rechtzeitig bekanntgegeben? Ist es auch weiterhin beabsichtigt „unbequeme“ Mitglieder, die der Heimleitung oft unangenehme Fragen stellen und auf vorhandene Missstände hinweisen, auf diese Weise zu „entfernen“?
8. Wieso haben sich Qualität und Quantität des Mittagessens seit der Schließung der Küche im Moritz-Lang-Heim und Belieferung aus dem Altenheim in Biebrich so dermaßen verschlechtert? Wie wird dieser mehr als unzumutbaren Situation zeitnah entgegengewirkt?

Hierzu möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Zu I.1 bis 4:

Gemäß StVV Beschluss 0097 vom 30.03.2017 zu Beschlussziffer 2 ist die AltenHilfe Wiesbaden GmbH beauftragt worden, mittels Vergabe an einen Generalplaner eine Entwurfsplanung herbeizuführen, die insbesondere die Aspekte einer nachhaltigen Wirtschaftlichkeit planerisch berücksichtigt. Neben den jeweils geltenden Grundlagen zur Bemessung gesondert berechenbarer Investitionsaufwendungen sind Fragen eines bedarfsgerechten Angebots an stationären Pflegeplätzen sowie weitere wirtschaftlich vorteilhafte seniorengerechte Nutzungen am Standort Karl-Arnold-Straße 13 zu prüfen.

Die Gesellschaft hatte die EU-weite Ausschreibung zur Suche eines Generalplaners veranlasst und das Ergebnis der Ausschreibung den Gremien der Gesellschaft in ihrer Sitzung am 26.10.2017 zur Beschlussfassung vorgelegt. Im Anschluss waren die rechtlichen Fristen bis zur förmlichen Vergabe zu wahren.

Mit der Abarbeitung der planerischen Aufgabenstellung kann nun begonnen werden. Das Ergebnis wird den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Parallel hierzu existiert bereits eine Planung für den Standort Klinikerweiterungsfläche, welche als Grundlage der Entscheidungsfindung dienen kann.

Gemäß StVV Beschluss 0308 vom 01.10.2015 waren weitere Planungen für das Neubauvorhaben am Standort Klinikerweiterungsfläche zwar gestoppt worden, das Ziel vollstationärer Pflege in kommunaler Trägerschaft gleichzeitig bekräftigt worden.

Zu II.1 und 2:

Die unternehmensspezifischen Daten und Kennzahlen der Auslastung, Belegungsstruktur, Stellenübersicht incl. Leasingeinsatz, Krankheitsquote, Strukturdaten etc. können den Quartalsberichten der Gesellschaft entnommen werden. Sie werden den städtischen Gremien per Sitzungsvorlage durch die Beteiligungsverwaltung (Kämmerei) zur Kenntnis gebracht.

Zu II.3:

Bislang wurde nur einmalig im Geschäftsjahr 2015 ein Oktoberfest im Moritz-Lang-Haus durchgeführt. Es diente als Ersatz des für den 03.07.2015 terminierten Sommerfestes, welches aufgrund der Hitzewelle (39 °C) abgesagt werden musste.

Zu II.4 bis 6:

Das Moritz-Lang-Haus verfügt über eine Cafeteria, die zur Mittagszeit geöffnet ist. Einen Kiosk hat die Gesellschaft bislang nicht betrieben. Die reguläre Speiserversorgung besteht aus Frühstück, Mittagessen, Nachmittagskaffee und Abendessen. Hinzu kommen Zwischenmahlzeiten.

Anregungen zur Ergänzung des Angebotsportfolios werden gerne entgegen genommen. Im Übrigen finden regelmäßig Speiseplanbesprechungen statt, um Bewohnerinnen und Bewohner in die Gestaltung der Abläufe einzubinden. Individuell geführte Essenskarten für Frühstück und Abendessen tragen zudem dem Servicegedanken Rechnung.

Zu II.7:

Der Turnus der Heimbeiratswahlen, deren Ablauf und Feststellung ergibt sich aus den rechtlichen Regelungen der Heimgesetzgebung. Für die Beantwortung von Detailfragen müssen wir Sie an die Vorsitzende Frau Ingrid Fuchs verweisen.

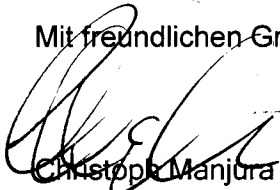
Zu II.8:

Ziel der Gesellschaft ist es, eine breite Akzeptanz des Serviceangebots zu erreichen, welche unter subjektiven Kriterien im Einzelfall nicht immer gegeben sein wird. Ein internes

Beschwerdemanagement ist implementiert, so dass eine fortlaufende Optimierung des Serviceangebots durch konstruktive Anregungen sichergestellt werden kann.

Umstrukturierungsmaßnahmen verlaufen i. d. R. nicht immer reibungslos. Gleichwohl dienen die Maßnahmen dazu, im vorgegebenen Rahmen weiterhin eine Vollküche betreiben zu können. Die Gesellschaft hat sich bewusst – im Sinne ihrer Bewohnerinnen und Bewohner – gegen die Aufbereitung von Convenience entschieden.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Manjura
Sozialdezernent